

B E S C H L U S S

über das Ergebnis der Sitzung des Kreisausschusses am 23.03.2022 im Sitzungssaal des Kreishauses in Euskirchen, Jülicher Ring 32

TOP 12

**„Neustart: Seelisch gesunder Kreis Euskirchen“
hier: Antrag der SPD Kreistagsfraktion**

A 65/2021

Herr Stickeler, CDU, führt aus, dass sich aus der ausführlichen Verwaltungsergänzung ergebe, welche im Antrag aufgeführten Aspekte zielführend seien und welche nicht. Zudem würden viele der im Antrag aufgeführten Aspekte derzeit schon von Seiten der Verwaltung bearbeitet bzw. umgesetzt. Er hinterfragt, welche der im Antrag aufgeführten Punkte tatsächlich noch zur Abstimmung gestellt werden sollen.

Herr Waasem erklärt hierzu, dass auch Anträge der CDU, welche zum Zeitpunkt der Abstimmung schon im Großen und Ganzen umgesetzt gewesen sind, zur Abstimmung gestellt und beraten wurden. Er empfinde es als wichtig und förderlich, dass man als politisches Gremium zu solchen Themen Stellung beziehe und die Verwaltung auf diese Weise unterstütze. Es sollen weiterhin alle im Antrag aufgeführten Punkte zur Abstimmung gestellt werden.

Frau Mende, Bündnis 90/DIE GRÜNEN, erklärt, dass die Fraktion den Antrag ausdrücklich unterstütze. Allein die Problematik im Bereich der Psychotherapeutinnen und -therapeuten sei seit Jahren ein wichtiges Thema. Professionelle Unterstützung, auch im Nachgang bzw. Rahmen der vergangenen und aktuellen Katastrophen, werde immer wichtiger und dringend benötigt. Ein unterstützendes Votum des Kreistages könne ein deutliches politisches Zeichen sein.

Herr Troschke, UWV, stellt für den Bereich der Psychotherapeutinnen und -therapeuten ein Armutszeugnis aus. Seit Jahrzehnten sei man hier in Deutschland unterbesetzt und die Wartezeiten für eine entsprechende Beratung seien extrem lang. Er zitiert aus der Verwaltungsergänzung und stellt fest, dass die Verwaltung schon im Austausch mit der Kassenärztlichen Vereinigung stehe. Er sehe hier jedoch das große Problem des Fachkräftemangels. Dieses Versäumnis könne man nicht ad hoc ungeschehen machen, allerdings müsse man dieses Thema am Leben halten und auch von politischer Seite aus Druck ausüben.

Herr Stickeler zitiert zu den Punkten 5 und 7 aus der Verwaltungsergänzung und stellt fest, dass hier der vorliegende Antrag aus Sicht der Verwaltung nicht zielführend sei. Die CDU-Fraktion könne diesen beiden Punkten daher nicht zustimmen. Herr Waasem schlägt vor, über die im Antrag aufgeführten Ziffern einzeln abstimmen zu lassen. So könnten zumindest einzelne Aspekte weiterverfolgt werden. Zudem drückt er sein Unverständnis zur Haltung der Kassenärztlichen Vereinigung aus. Diese Institution habe den Auftrag, die gesundheitliche Versorgung der gesetzlich Versicherten sicherzustellen. Er

verstehe nicht, dass hier von Seiten der Kassenärztlichen Vereinigung kein Problem gesehen werde, weil grundsätzlich alle Kassensitze besetzt seien. Man gehe von Seiten der Kassenärztlichen Vereinigung in keiner Art und Weise, trotz u.a. der bestehenden Wartezeiten, auf den tatsächlichen Bedarf ein.

Frau Wonneberger-Wrede, GBL IV, führt abschließend aus, dass man zwei weitere Kassensitze temporär für zwei Jahre bekommen werde. Zudem sei sie dankbar, wenn man dem Punkt 7 nicht zustimmen würde, da dieses Projekt fachlich anders ausgelegt sei. Auch sie bestätigt noch einmal, dass der aktuelle Fachkräftemangel ein ernst zu nehmendes Problem sei.

Der Vorsitzende lässt über die im Antrag aufgeführten Punkte einzeln abstimmen.

Die Kreisverwaltung wird beauftragt,

1. in Verhandlungen mit der Kassenärztlichen Vereinigung Nordrhein einzutreten, mit dem Ziel der Schaffung zusätzlicher Kassensitze für Psychotherapeutinnen und -therapeuten. Auch an Kliniken und Institutsambulanzen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

2. sich gegenüber der Kassenärztlichen Vereinigung, der Landes- und Bundesregierung jedenfalls für die Einrichtung von Sonderbedarfssitzen für Psychotherapeutinnen und -therapeuten einzusetzen, sowie für eine Novellierung der Richtlinien für die Bedarfsplanung.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

3. gegenüber den gesetzlichen Krankenkassen für eine erleichterte Handhabung des Kostenerstattungsverfahrens zu werben.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

4. eine stärkere fachliche und kollegiale Vernetzung der bestehenden, teilweise ehrenamtlichen psychosozialen Beratungsnetzwerke zu organisieren und gegenüber der Landesregierung eine dementsprechende Unterstützung und Finanzierung einzufordern.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

5. im Rahmen der Bewältigung der seelischen Folgen der Corona-Pandemie sowie der Hochwasserkatastrophe auch die neuen Möglichkeiten der Soziotherapie mit einzubauen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von CDU, UWV und FDP

6. gemeinsam mit der Kassenärztlichen Vereinigung die Einrichtung und Umsetzung einer Krisen-Clearingstelle auf den Weg zu bringen.

Abstimmungsergebnis: einstimmig

7. die Besetzung der im Rahmen des „Kooperationsverbunds seelische Gesundheit für Kinder und Jugendliche“ geförderten Stelle gegebenenfalls auch mit einer nicht-ärztlichen Profession aus den Fachrichtungen der Gesundheits-, Sozial- und Erziehungswissenschaften oder vergleichbaren Disziplinen zu besetzen.

Abstimmungsergebnis: mehrheitlich abgelehnt mit den Stimmen von CDU, UWV und FDP